

CHRISTOPH JARNO BURGHOFF

Geldentschädigungen im Presse- und Äußerungsrecht

*Schriften zum Medienrecht
und Kommunikationsrecht*

Mohr Siebeck

Schriften zum Medienrecht und Kommunikationsrecht

Herausgegeben von

Christian von Coelln, Karl-Nikolaus Peifer
und Karl-Eberhard Hain

16



Christoph Jarno Burghoff

Geldentschädigungen im Presse- und Äußerungsrecht

Schaffung von Rechtssicherheit und Prävention bei
medialen Persönlichkeitsrechtsverletzungen

Mohr Siebeck

Christoph Jarno Burghoff, geboren 1983; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Göttingen und der Universidad de Barcelona; Rechtsreferendariat in Lüneburg, Hamburg und Berlin; Rechtsanwalt im Presse- und Persönlichkeitsrecht in Köln; Lehrbeauftragter im Medien- und Urheberrecht an der Cologne Business School; 2024 Promotion (Universität Potsdam).

ISBN 978-3-16-164436-8 / eISBN 978-3-16-164437-5
DOI 10.1628/978-3-16-164437-5

ISSN 2512-7365 / eISSN 2569-4359
(Schriften zum Medienrecht und Kommunikationsrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Februar 2024 von der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam als Dissertation angenommen. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur wurden bis dahin berücksichtigt. Die Kommentarliteratur wurde nachträglich auf Stand Oktober 2024 aktualisiert.

Mein Dank gilt zuvorderst meinem Doktorvater, Prof. Dr. Marcus Schladebach, der sich für die boulevardeske Thematik dieser Arbeit begeistern ließ und deren Entstehen stets gefördert hat. Auch sei ihm dafür gedankt, dass er mir die Forschungszeit einräumte, die Dissertation nebenberuflich zu verfassen.

Zudem danke ich Prof. Dr. Norbert Janz für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Bei Prof. Dr. Marcus Schladebach, Prof. Dr. Norbert Janz und Prof. Dr. Meik Thöne bedanke ich mich für die angenehme Gestaltung der Disputation im Juli 2024.

Des Weiteren danke ich Prof. Dr. Christian von Coelln, Prof. Dr. Karl-Nikolaus Peifer und Prof. Dr. Karl-Eberhard Hain sowie dem Verlag Mohr Siebeck für die Aufnahme meiner Dissertation in die Reihe *Schriften zum Medienrecht und Kommunikationsrecht*.

Ganz besonderer Dank gilt schließlich meiner Ehefrau für ihre stete Unterstützung und ihr Verständnis in der Promotionszeit sowie meiner Schwester für ihren familiären Rückhalt. Ihnen sei diese Arbeit gewidmet.

Köln, im Februar 2025

Christoph Jarno Burghoff

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Erster Teil: Einleitung und Gang der Untersuchung	1
<i>A. Problemstellung</i>	1
<i>B. Zielsetzung</i>	4
<i>C. Gang der Untersuchung</i>	8
Zweiter Teil: Entstehung und Etablierung des Geldentschädigungsanspruchs	11
<i>A. Mangelnder Ehrschutz im BGB</i>	12
<i>B. Schaffung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts</i>	14
<i>C. Entstehung des Geldentschädigungsanspruchs</i>	16
<i>D. Der Schöffersche Ehrenschutzgesetzentwurf</i>	19
<i>E. Anerkennung des Geldentschädigungsanspruchs</i>	21
<i>F. Entwicklung einer Rechtsprechungspraxis</i>	30
<i>G. Die Soraya-Entscheidungen des BGH und BVerfG</i>	32
<i>H. Etablierung der Präventionsfunktion</i>	38
<i>I. Ergebnis</i>	48
Dritter Teil: Entwicklung des Säulen-Modells	51
<i>A. Begründung des Geldentschädigungsanspruchs</i>	52
<i>B. Kategorien schwerer Persönlichkeitsrechtsverletzungen</i>	109
<i>C. Bestimmung der Geldentschädigungshöhe</i>	155
<i>D. Das Säulen-Modell</i>	172

Vierter Teil: Persönlichkeitsrechtsschutz in Fällen der Zwangskommerzialisierung	259
<i>A. Analyse des Säulen-Modells</i>	259
<i>B. Legitimierung der Gewinnabschöpfung</i>	266
<i>C. Umsetzung der Gewinnabschöpfung</i>	287
<i>D. Erfordernis einer erneuten Initiative des BGH</i>	292
Fünfter Teil: Schlussbetrachtung	297
<i>A. Zusammenfassung</i>	297
<i>B. Abschließende Thesen</i>	300
Literaturverzeichnis	303
Sachregister	307

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Erster Teil: Einleitung und Gang der Untersuchung	1
<i>A. Problemstellung</i>	1
I. Boulevardisierung der Berichterstattung	1
II. Schwachstellen des Geldentschädigungsanspruchs	3
<i>B. Zielsetzung</i>	4
I. Kategorisierung der Geldentschädigungsrechtsprechung	5
II. Rechtfertigung der Gewinnabschöpfung	6
<i>C. Gang der Untersuchung</i>	8
Zweiter Teil: Entstehung und Etablierung des Geldentschädigungsanspruchs	11
<i>A. Mangelnder Ehrschutz im BGB</i>	12
<i>B. Schaffung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts</i>	14
I. Das Leserbrief-Urteil des 1. Zivilsenats des BGH	14
II. Das Gesundheitszeugnis-Urteil des 6. Zivilsenats des BGH	15
<i>C. Entstehung des Geldentschädigungsanspruchs</i>	16
I. Das Herrenreiter-Urteil des 1. Zivilsenats des BGH	16
II. Kritische Stimmen	18
<i>D. Der Schöffersche Ehrenschutzgesetzentwurf</i>	19
I. Amtliche Begründung des Entwurfs des § 847 Abs. 1 BGB	19
II. Kritische Stimmen	20
<i>E. Anerkennung des Geldentschädigungsanspruchs</i>	21
I. Das Ginseng-Urteil des 6. Zivilsenats des BGH	21
II. Kritische Stimmen	23
III. Bestätigung des 6. Zivilsenats des BGH	24
1. Das Fernsehansagerin-Urteil	24

2. Das Gretna-Green-Urteil	26
IV. Bestätigung des 1. Zivilsenats des BGH	28
<i>F. Entwicklung einer Rechtsprechungspraxis</i>	30
<i>G. Die Soraya-Entscheidungen des BGH und BVerfG</i>	32
I. Das Soraya-Urteil des 6. Zivilsenats des BGH	32
II. Der Soraya-Beschluss des BVerfG	33
1. Argumentation der Beschwerdeführer	33
2. Begründung des BVerfG	34
a) Keine Verletzung von Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG	34
b) Keine Verletzung von Art. 20 Abs. 3 GG sowie Art. 5 Abs. 2 GG	35
aa) Ablehnung eines engen Gesetzespositivismus	35
bb) Freiheit zur schöpferischen Rechtsfortbildung	36
cc) Weiterentwicklung der Rechtsordnung mit systemimmanenten Mitteln	36
3. Keine Existenzgefährdung der Presse im Entscheidungszeitpunkt	37
<i>H. Etablierung der Präventionsfunktion</i>	38
I. Die Rechtsprechung nach dem Soraya-Beschluss	38
1. Zurückhaltung bei der Bestimmung der Geldentschädigungshöhe	39
2. Diskrepanz zwischen den begehrten und zugesprochenen Beträgen	40
3. Fehlende Spürbarkeit der Geldentschädigungssummen	41
II. Die Caroline-von-Monaco-I-Urteile des BGH und OLG Hamburg	42
1. Das Urteil des 6. Zivilsenats des BGH	42
2. Unklarheit bezüglich der Vornahme der Gewinnberücksichtigung	44
3. Das Urteil des OLG Hamburg	46
<i>I. Ergebnis</i>	48
 Dritter Teil: Entwicklung des Säulen-Modells	 51
<i>A. Begründung des Geldentschädigungsanspruchs</i>	52
I. Schwere Persönlichkeitsrechtsverletzung	54
1. Bedeutung und Tragweite des Eingriffs	55
a) Verletzungen der Persönlichkeitssphäre durch Wort- und Bildberichte	57
b) Falsche und nicht erweislich wahre Behauptungen, Zitate und Gerüchte	60
aa) Falsche und nicht erweislich wahre Behauptungen	61

bb) Falsche Zitate	63
cc) Gerüchte	65
c) Falsche Eindrücke, Verdachtsäußerungen und mehrdeutige Äußerungen	66
aa) Falsche Eindrücke	66
bb) Verdachtsäußerungen	67
cc) Mehrdeutige Äußerungen	69
d) Ehrverletzende Meinungsäußerungen	72
aa) Schmähkritik	72
bb) Formalbeleidigungen	74
cc) Angriffe auf die Menschenwürde	75
dd) Sonstige ehrverletzende Meinungsäußerungen	76
e) Hartnäckige Wiederholungsveröffentlichungen von Bildern	78
f) Berücksichtigung persönlicher Umstände des Betroffenen	81
aa) Bekanntheit des Betroffenen	81
bb) Selbstöffnung Prominenter	83
2. Anlass und Beweggrund des Verletzers	85
3. Verschulden des Verletzers	87
a) Verstoß gegen die journalistische Sorgfaltspflicht	87
b) Keine Notwendigkeit eines schweren Verschuldens	90
c) Feststellung der Verschuldensform	92
aa) Vorsätzliche Persönlichkeitsrechtsverletzung	92
bb) Fahrlässige Persönlichkeitsrechtsverletzung	93
4. Ergebnis	94
II. Fehlen einer anderweitigen Ausgleichsmöglichkeit	95
1. Unterlassung	96
a) Unterlassungserklärung und Unterlassungstitel	97
b) Relevanz des Mediums	98
c) Keine Außenwirkung	99
2. Gegendarstellung	99
3. Berichtigung	100
a) Nichtbestehen eines Berichtigungsanspruchs	101
b) Bestehen eines Berichtigungsanspruchs	102
aa) Unzumutbarkeit erneuter medialer Aufmerksamkeit ...	102
bb) Unwiederbringlichkeit der Anonymität des Betroffenen	103
cc) Überschreiten der Aktualitätsgrenze bei gerichtlichem Vorgehen	104
dd) Untätigkeit des Verletzers	105
ee) Unverzügliche Berichtigung durch den Verletzer	106
4. Ergebnis	108
III. Zusammenfassung	108

B. Kategorien schwerer Persönlichkeitsrechtsverletzungen	109
I. Eingriffe in die Intimsphäre	110
1. Veröffentlichung von Nacktfotos	110
a) Einfluss freiwillig gezeigter Nacktfotos nach der Veröffentlichung	111
b) Einfluss freiwillig gezeigter Nacktheit vor der Veröffentlichung	113
2. Veröffentlichung sonstiger Fotos mit sexuellen Anspielungen ...	114
3. Schilderungen sexueller Vorgänge	116
a) Unwahre Schilderungen sexueller Vorgänge	117
b) Wahre Schilderungen sexueller Vorgänge	118
4. Sexistische Bloßstellungen	119
a) Sexistische Bloßstellungen Nicht-Prominenter	120
b) Sexistische Bloßstellungen Prominenter	121
5. Offenlegung der sexuellen Orientierung	122
a) Zwangs-Outings	122
b) Fake-Outings	123
6. Offenlegung eines stigmatisierenden Gesundheitszustands	124
a) Stigmatisierende Krankheiten	124
b) Psychische Befindlichkeiten	125
II. Eingriffe in die Privatsphäre	126
1. Verbreitung partnerschaftlicher Details	128
a) Beziehungsgerüchte und Partner-Outings	129
aa) Beziehungsgerüchte	129
bb) Partner-Outings	130
b) Schwangerschafts-Outings und Schwangerschaftsgerüchte	132
aa) Schwangerschafts-Outings	132
bb) Schwangerschaftsgerüchte	133
c) Trennungsgerüchte und Trennungsgründe	134
aa) Trennungsgerüchte	135
bb) Trennungsgründe	136
2. Verbreitung familiärer Details	137
a) Familiäre Freizeitgestaltung	138
b) Unfälle und Todesfälle naher Angehöriger	140
aa) Veröffentlichung von Fotos trauernder Angehöriger ...	140
bb) Ungebildete Schilderungen familiärer Trauerfälle ...	141
cc) Veröffentlichung von Fotos tödlich Verunglückter ...	142
c) Innerfamiliäre Straftaten und deren Opfer	143
d) Vermeintliche Verwandtschaftsverhältnisse	144
e) Minderjährige und deren Eltern	145
3. Verbreitung gesundheitlicher Details	148
III. Sonstige schwere Eingriffe	149
1. Vorwurf des Begehens einer Straftat	151

2. Vorwurf sozial-inadäquaten Verhaltens	152
IV. Ergebnis	154
C. <i>Bestimmung der Geldentschädigungshöhe</i>	155
I. Von der Verletzung abhängige Faktoren	156
1. Berichterstattungsart und Persönlichkeitssphäre	156
2. Erkennbarkeit des Betroffenen	157
3. Darstellung der Berichterstattung und Ausmaß der Verbreitung	158
a) Gestaltung und Bewerbung	158
b) Verbreitungsgrad und Verbreitungsdauer	160
c) Keine Pauschalisierung aufgrund der Art des Mediums	161
d) Zurechnung der Weiterverbreitung durch Dritte	161
e) Bedeutung des Informationsüberflusses	163
II. Von dem Verletzten abhängige Faktoren	164
1. Verhalten vor und nach der Persönlichkeitsrechtsverletzung	164
2. Zeitpunkt der Geltendmachung des Geldentschädigungsanspruchs	165
3. Prominenten-Bonus und Nicht-Prominenten-Nachteil	165
III. Von dem Verletzer abhängige Faktoren	167
1. Anlass und Beweggrund	167
2. Grad des Verschuldens	168
3. Verhalten nach der Persönlichkeitsrechtsverletzung	169
IV. Ergebnis	171
D. <i>Das Säulen-Modell</i>	172
I. Schwere Eingriffe in die Intimsphäre	173
1. Veröffentlichung von Nacktfotos	173
a) Nacktfotos Prominenter ohne anzügliche Kommentierung	174
aa) Das Lind-Urteil des LG Hamburg	174
bb) Das Bohlen-Urteil des LG Hamburg	175
cc) Das Fotomodell-Urteil des OLG Hamburg	176
dd) Einordnung	177
b) Nacktfotos Nicht-Prominenter mit anzüglicher Kommentierung	178
aa) Das Mega-Orgasmus-Urteil des OLG Hamm	178
bb) Das Wechselnde-Freundinnen-Urteil des OLG Frankfurt a.M.	179
cc) Einordnung	180
c) Nacktfotos Nicht-Prominenter ohne anzügliche Kommentierung	181
aa) Das Teenagerbrüste-Urteil des OLG Karlsruhe	181
bb) Das Theaterprobe-Urteil des LG Saarbrücken	182
cc) Die FKK- und Foto-Love-Story-Urteile des LG München I	183

dd) Einordnung	184
2. Schilderungen sexueller Vorgänge	185
a) Unwahre Schilderungen sexueller Vorgänge betreffend Prominente	185
aa) Das Sex-Intrige-Urteil des LG München I	185
bb) Das Graf-Urteil des OLG Karlsruhe	186
cc) Einordnung	187
b) Unwahre Schilderungen sexueller Vorgänge betreffend Nicht-Prominente	187
aa) Das Willige-Groupies-Urteil des OLG Köln	188
bb) Das Sexuelle-Perversion-Urteil des LG Berlin	188
cc) Einordnung	189
c) Wahre Schilderungen sexueller Vorgänge betreffend Nicht- Prominente	190
aa) Das Missbrauchsoffer-Urteil des KG Berlin	190
bb) Das Liebesblind-Urteil des OLG München	191
cc) Einordnung	192
3. Sexistische Bloßstellungen	193
a) Die Loch- und Ermakova-Urteile des OLG Hamm und LG München I	193
b) Einordnung	194
4. Fotos Nicht-Prominenter mit sexuellen Anspielungen	195
a) Das Schärfer-Slips-Urteil des KG Berlin	195
b) Das Seitensprünge-Urteil des OLG München	195
c) Einordnung	196
5. Offenlegung der sexuellen Orientierung	197
6. Offenlegung eines stigmatisierenden Gesundheitszustands	198
a) Das Aids-Angst-Urteil des OLG Hamburg	198
b) Das Anti-Aggressionstraining-Urteil des OLG Karlsruhe	199
c) Das MoKo-Urteil des LG Köln	199
d) Einordnung	200
II. Schwere Eingriffe in die Privatsphäre	201
1. Verbreitung partnerschaftlicher Details	201
a) Partner-Outings	201
aa) Das Grönemeyers-Freundin-Urteil des LG Berlin	201
bb) Das Rapper-Freundin-Urteil des OLG Frankfurt a.M.	202
cc) Einordnung	203
b) Beziehungsgerüchte	204
aa) Das Sportmoderatorin-Urteil des LG Berlin	204
bb) Das Schauspielkollegen-Urteil des LG Berlin	204
cc) Das Löw-Urteil des LG Köln	205
dd) Einordnung	207
c) Schwangerschafts-Outings und Schwangerschaftsgerüchte	208

aa)	Das Babybauch-I-Urteil des OLG München	208
bb)	Das Babybauch-II-Urteil des OLG Köln	208
cc)	Einordnung	209
d)	Trennungserüchte und Trennungsgründe	210
aa)	Das Trennungserüchte-Urteil des OLG Hamburg	210
bb)	Das Scheidungsakte-Urteil des OLG Hamburg	211
cc)	Einordnung	212
2.	Verbreitung familiärer Details	213
a)	Familiäre Freizeitgestaltung	213
aa)	Das Kirchen-und-Yachtfotos-Urteil des OLG Hamburg	213
bb)	Das Christiansen-Urteil des LG Hamburg	215
cc)	Das Hochzeitsfoto-Urteil des OLG Köln	216
dd)	Einordnung	217
b)	Unfälle und Todesfälle naher Angehöriger	218
aa)	Das Karven-Urteil des LG Köln	219
bb)	Das Ex-Ministerin-Urteil des OLG Dresden	220
cc)	Das Schumacher-Urteil des OLG Hamburg	222
dd)	Einordnung	223
c)	Innerfamiliäre Straftaten und deren Opfer	224
aa)	Das Amoklaufopfer-Urteil des LG Münster	224
bb)	Einordnung	225
3.	Verbreitung gesundheitlicher Details	226
a)	Das Weihnachtswunder-Urteil des LG Hamburg	226
b)	Das Krankenzimmer-Urteil des OLG Hamburg	227
c)	Einordnung	228
III.	Sonstige schwere Eingriffe	228
1.	Vorwurf des Begehens einer Straftat	229
a)	Vorwurf des Begehens eines Kapitalverbrechens	229
aa)	Das Terrormädchen-Urteil des OLG Düsseldorf	229
bb)	Das Todesliste-Urteil des LG Hamburg	230
cc)	Das Superagent-Urteil des LG Frankfurt a.M.	231
dd)	Einordnung	232
b)	Vorwurf des Begehens eines Sexualverbrechens	232
c)	Vorwurf des Begehens eines Vermögensdelikts	234
aa)	Das Geldwaschanlage-Urteil des OLG Hamburg	234
bb)	Das Überteuerte-Aktien-Urteil des OLG Hamburg	235
cc)	Einordnung	236
d)	Vorwurf des Begehens eines Korruptionsdelikts	237
aa)	Das Abgeordnetenbestechung-Urteil des BGH	237
bb)	Das Lohnkiller-Urteil des BGH	238
cc)	Das Ausländeramt-Urteil des OLG Köln	238
dd)	Einordnung	239

e) Vorwurf des Begehens einer Straftat bei der Berufsausübung	240
aa) Das Kunstfehler-Urteil des OLG Köln	240
bb) Das Wochenbettpsychose-Urteil des OLG Hamburg ...	242
cc) Das Geheimdokumente-II-Urteil des LG Berlin	242
dd) Einordnung	244
2. Zugehörigkeit zu einer bestimmten Person oder Gruppe	245
a) Das Hooligan-Urteil des OLG Köln	246
b) Das Giftmischer-Urteil des AG Hamburg	247
c) Das Red-Devils-Urteil des OLG Dresden	248
d) Einordnung	249
3. Ehrverletzende Meinungsäußerungen	251
a) Das Versagerbande-Urteil des LG Berlin	252
b) Das Allergrößte-Pfeife-Urteil des LG Oldenburg	252
c) Die Sarrazin- und Chebli-Urteile des LG Berlin	253
d) Einordnung	255
IV. Ergebnis	256
Vierter Teil: Persönlichkeitsrechtsschutz in Fällen der Zwangskommerzialisierung	259
A. <i>Analyse des Säulen-Modells</i>	259
I. Relative Genugtuung	259
II. Persönlichkeitsrechtlicher Präventionsmangel	260
1. Der Madeleine-von-Schweden-I-Fall	261
a) Die Madeleine-von-Schweden-I-Urteile des LG und OLG Hamburg	261
b) Keine angemessene Geldentschädigungshöhe	261
2. Der Kachelmann-Fall	263
a) Die Kachelmann-Urteile des LG und OLG Köln	263
b) Keine angemessene Geldentschädigungshöhe	265
B. <i>Legitimierung der Gewinnabschöpfung</i>	266
I. Prävention durch Gewinnabschöpfung	266
II. Zivilrechtmäßigkeit der Gewinnabschöpfung	268
1. Privatprävention <i>versus</i> Privatstrafe	269
a) Kritische Stimmen	269
b) Stellungnahme	269
2. Gewinnabschöpfung <i>versus punitive damages</i>	270
a) Kritische Stimmen	270
b) Stellungnahme	271
aa) Das Strafschadensersatz-Urteil des 9. Zivilsenats des BGH	272
bb) Keine pauschale Vollstreckbarkeit von <i>punitive-damages</i> -Urteilen	273

III. Verfassungsmäßigkeit der Gewinnabschöpfung	273
1. Keine Verletzung von Art. 103 Abs. 2 GG	273
2. Keine Verletzung von Art. 3 Abs. 1 GG	275
a) Gewinnabschöpfung <i>versus</i> Schmerzensgeld	275
aa) Der Schockschadensersatz-Beschluss des BVerfG	276
bb) Übertragbarkeit auf die Gewinnabschöpfung	278
b) Prominente <i>versus</i> Nicht-Prominente	278
c) Präventionsfunktion <i>versus</i> Ausgleichs- und Genugtuungsfunktion	279
3. Keine Verletzung von Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG	280
a) Angemessene Obergrenze der Geldentschädigungshöhe	281
b) Zumutbares Risiko einer Gewinnabschöpfung	282
aa) Fahrlässige Persönlichkeitsrechtsverletzung	282
bb) Vorsätzliche Persönlichkeitsrechtsverletzung	283
IV. Zusammenfassung	285
C. <i>Umsetzung der Gewinnabschöpfung</i>	287
I. Berechnung des abzuschöpfenden Verletzergewinns	288
II. Notwendigkeit eines Auskunftsanspruchs	290
D. <i>Erfordernis einer erneuten Initiative des BGH</i>	292
I. Erweiterung der Caroline-von-Monaco-I-Rechtsprechung	293
1. Herleitung der Gewinnabschöpfung	293
2. Zulassung der Gewinnabschöpfung	294
II. Einhaltung der Grenzen richterlicher Entscheidungsbefugnis	294
 Fünfter Teil: Schlussbetrachtung	 297
A. <i>Zusammenfassung</i>	297
B. <i>Abschließende Thesen</i>	300
 Literaturverzeichnis	 303
 Sachregister	 307

Einleitung und Gang der Untersuchung

A. Problemstellung

I. Boulevardisierung der Berichterstattung

„Im Kampf um Marktanteile versuchen viele Medienunternehmen, ihre Konsumenten durch spektakuläre Berichterstattung an sich zu binden. Leser und Zuschauer gieren nach Konflikten, Katastrophen und Sensationen aus dem Leben von Stars und Prominenten. Intim- und Sensationsberichte haben Hochkonjunktur. Der Konkurrenzdruck bedroht die journalistische Wahrheit und die Persönlichkeitsrechte.“¹ Die Boulevardisierung der Berichterstattung, wie sie bereits vor über 25 Jahren von *Prinz* beschrieben wurde, ist unverändert Geschäftsmodell vieler Verlage und Medienhäuser. Artikel über (angebliche) Beziehungen,² Affären,³ Schwangerschaften,⁴ Hochzeitsabsichten⁵ oder Trennungen⁶ gehören ebenso zum Tagesgeschäft wie die Verbreitung von Nacktbildern,⁷ gesundheitlichen Details,⁸ erfundenen Interviews⁹ oder Schmähungen.¹⁰ Der Boulevardjournalismus zielt vor allem auf Berichterstattungen ab, die die Intim- und

¹ *Prinz*, NJW 1996, 953, 953.

² LG Berlin, AfP 2015, 569 – Schauspielkollegen; OLG Frankfurt a.M., ZUM-RD 2010, 540 – Rapper-Freundin; LG Berlin, ZUM-RD 2004, 312 – Grönemeyers Freundin.

³ LG Köln, ZUM-RD 2018, 108 – Löw; LG Berlin, ZUM-RD 2011, 31 – Sportmoderatorin; LG München I, NJW-RR 1999, 104 – Sex-Intrige.

⁴ LG Hamburg, BeckRS 2017, 135298 – Schwangerschaftsgerüchte; OLG München, AfP 2014, 347 – Babybauch I; OLG Köln, BeckRS 2015, 20148 – Babybauch II.

⁵ OLG Hamburg, BeckRS 2009, 21756 – M. v. Schweden I; LG Hamburg, BeckRS 2013, 198337 – M. v. Schweden II.

⁶ OLG Hamburg, ZUM-RD 2017, 478 – Trennungsgerüchte; LG Hamburg, BeckRS 1993, 31210293 – de Mol.

⁷ LG Hamburg, ZUM-RD 2009, 676 – Christiansen; LG Hamburg, ZUM-RD 2009, 610 – Bohlen; LG Hamburg, ZUM 2002, 68 – Lind.

⁸ OLG Hamburg, ZUM 2010, 976 – Krankenzimmer; LG Hamburg, AfP 2017, 263 – Weihnachtswunder; vgl. auch LG Hamburg, ZUM-RD 2018, 349 – Todesschlagzeile.

⁹ BGH, NJW 1995, 861 – C. v. Monaco I; BVerfG, NJW 1973, 1221 – Soraya.

¹⁰ LG Berlin, ZUM-RD 2022, 217 – Chebli; LG Berlin, BeckRS 2013, 14288 – Sarrazin.

Privatsphäre Prominenter,¹¹ aber auch Nicht-Prominenter¹² betreffen. Diese begründen nicht selten schwere Verletzungen des ideellen Teils des aus Art. 2 Abs. 1 und Art. 1 Abs. 1 GG hergeleiteten¹³ und im Zivilrecht mittelbare Drittwirkung entfaltenden allgemeinen Persönlichkeitsrechts.¹⁴

In diesem Genre sind zwangsläufig zahlreiche, um Geldentschädigungen geführte Prozesse vor den Pressekammern und -senaten zu verzeichnen. Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit gibt es viele.¹⁵ Besonderes mediales Interesse galt dem Schicksal des bei einem Ski-Unfall verunglückten *Formel-1*-Weltmeisters Michael Schumacher.¹⁶ „Es ist mehr als ein Weihnachtswunder – Michael Schumacher kann wieder gehen“ hieß es auf der Titelseite einer Zeitschrift mit einer Leserreichweite von 3,92 Millionen.¹⁷ Die Presse schreckte nicht einmal vor der

¹¹ LG Hamburg, BeckRS 2017, 135298 – Schwangerschaftsgerüchte; LG Köln, ZUM-RD 2018, 108 – Löw; OLG Hamburg, AfP 2017, 258 – C. Schumacher; OLG München, AfP 2014, 347 – Babybauch I; OLG Köln, BeckRS 2015, 20148 – Babybauch II; LG Hamburg, ZUM-RD 2009, 676 – Christiansen; LG Hamburg, ZUM-RD 2009, 610 – Bohlen; LG Hamburg, ZUM 2002, 68 – Lind; OLG Hamburg, BeckRS 2000, 09032 – Kirchen-/Yachtfotos; LG München I, NJW-RR 1999, 104 – Sex-Intrige.

¹² OLG Dresden, GRUR-RS 2021, 17351 – Polizeischülerin; AG München, ZUM 2013, 159 – Sex-Phantom; KG Berlin, AfP 2011, 269 – Missbrauchsoffer; OLG Köln, ZUM 2009, 486 – Hochzeitsfoto; LG München I, WKRS 2005, 42417 – Zwangs-Outing; AG Hamburg, GRUR-RR 2004, 158 – Giftmischer; LG München I, NJW 2004, 617 – FKK; OLG Karlsruhe, NJW-RR 2003, 410 – Anti-Aggressionstraining; OLG München, NJW-RR 2001, 629 – Liebesblind; LG Saarbrücken, NJW-RR 2000, 1571 – Theaterprobe.

¹³ BGH, GRUR 1955, 197, 198 – Leserbrief.

¹⁴ Das von § 823 Abs. 1 BGB geschützte (zivilrechtliche) allgemeine Persönlichkeitsrecht und seine besonderen Erscheinungsformen, wie das Recht am eigenen Bild und das Namensrecht, dienen – anders als das verfassungsrechtliche Persönlichkeitsrecht – nicht nur dem Schutz ideeller, sondern auch vermögenswerter Interessen, BGH, NJW 1956, 1554, 1555; BGH, NJW 1968, 1773, 1774; BGH, NJW 2000, 2195, 2197; BGH, NJW 2006, 605, 607; vgl. auch *Weberling*, in: Ricker/Weberling, Handbuch des Presserechts, 2021, 44. Kap., Rn. 50c; diese Arbeit setzt sich ausschließlich mit der Verletzung des ideellen, nicht aber des vermögenswerten Bestandteils des allgemeinen Persönlichkeitsrechts auseinander.

¹⁵ LG Berlin, ZUM-RD 2022, 217 – Chebli; OLG Dresden, GRUR-RS 2021, 17351 – Polizeischülerin; OLG Köln, GRUR-RS 2020, 39214 – Hooligan; OLG Dresden, NJW-RR 2018, 946 – Red Devils; LG Hamburg, BeckRS 2017, 135298 – Schwangerschaftsgerüchte; LG Köln, ZUM-RD 2018, 108 – Löw; LG Hamburg, AfP 2017, 263 – Weihnachtswunder; LG Hamburg, ZUM-RD 2018, 349 – Todesschlagzeile; OLG Hamburg, AfP 2017, 258 – C. Schumacher; OLG Hamburg, ZUM-RD 2017, 478 – Trennungsgerüchte; vgl. auch *Burkhardt*, in: Wenzel, Recht der Wort- und Bildberichterstattung, 2018, Kap. 14, Rn. 149a; *Steffen/Schlüter*, in: Löffler, Presserecht, 2023, LPG § 6, Rn. 763; *Seitz* in: Götting/Schertz/Seitz, Persönlichkeitsrecht, 2019, § 46, Rn. 45; *Sajuntz*, NJW 2023, 569, 575, Rn. 48; *Sajuntz*, NJW 2022, 589, 595, Rn. 40; *Sajuntz*, NJW 2020, 583, 589; *Sajuntz*, NJW 2019, 1567, 1572; *Sajuntz*, NJW 2018, 589, 593 f.

¹⁶ Im Dezember 2013 zog sich Schumacher bei einem Ski-Unfall ein Schädel-Hirn-Trauma zu. Details über seinen Gesundheitszustand sind nicht bekannt, <https://www.lto.de/recht/hint/ergruende/h/felix-damm-interview-michael-schumacher-unfall-2013-2023/>, zuletzt abgerufen am 31.10.2024.

¹⁷ LG Hamburg, AfP 2017, 263, 264 – Weihnachtswunder.

Verbreitung einer unwahren Todesnachricht betreffend Schumacher zurück; die zu beanstandende Titelschlagzeile lautete: „Michael Schumacher – ‚Er ist nicht mehr unter uns!‘“¹⁸ Auch der ehemalige Fußball-Bundestrainer Joachim Löw sah sich vermehrt persönlichkeitsrechtsverletzender Berichterstattung ausgesetzt. Allein elf Artikel – bebildert mit über 20 Löw zeigenden Fotos – beschäftigten sich spekulativ mit dessen Privat- und Liebesleben, insbesondere mit der Trennung von seiner Ehefrau sowie einer angeblichen Liaison mit seiner Patentochter.¹⁹

Hinter solchen Sensationsberichten stehen wirtschaftliche Motive.²⁰ Die Aussicht auf steigende Auflagen oder Klickzahlen sowie die damit verbundenen höheren Werbeeinnahmen und Gewinne setzt sich auf diesem hart umkämpften Markt oftmals gegenüber der Achtung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Einzelnen durch – mit anderen Worten: Die Boulevardisierung der Berichterstattung führt in vielen Fällen zur Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit,²¹ mit der regelmäßig eine schwere Persönlichkeitsrechtsverletzung einhergeht.

II. Schwachstellen des Geldentschädigungsanspruchs

Die Feststellung der Schwere einer Persönlichkeitsrechtsverletzung ist die erste zu überwindende Hürde, um einen Geldentschädigungsanspruch auszulösen.²² Ihre Definition befindet sich – ebenso wie die des allgemeinen Persönlichkeitsrechts – im stetigen Wandel, da die Schwere im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Wertvorstellungen und medialen Entwicklungen zu beurteilen ist. Anhand der durch die Rechtsprechung anerkannten Kriterien – Bedeutung und Tragweite des Eingriffs, Anlass und Beweggrund des Handelnden, Grad seines Verschuldens – soll das Gericht die Schwere der Persönlichkeitsrechtsverletzung feststellen.²³ Ausgehend von der Schwere soll es nach freier Überzeugung gemäß § 287 Abs. 1 S. 1 ZPO die erforderliche, aber auch angemessene Höhe der Geldentschädigung ermitteln. Diese soll nicht nur einen Ausgleich herbeiführen, sondern dem Betroffenen auch Genugtuung verschaffen²⁴ sowie – in Fällen der Zwangs-

¹⁸ LG Hamburg, ZUM-RD 2018, 349, 349 – Todesschlagzeile.

¹⁹ LG Köln, AfP 2017, 540 – Löw; vgl. auch LG Berlin, ZUM-RD 2011, 31 – Sportmoderatorin.

²⁰ *Wagner*, ZEuP 2000, 200, 209.

²¹ Zur erstmaligen gerichtlichen Verwendung des Begriffs der Zwangskommerzialisierung BGH, NJW 1995, 861, 865 – C. v. Monaco I.

²² Grundlegend BGH, NJW 1961, 2059, 2060 – Ginseng; zu den Voraussetzungen des Geldentschädigungsanspruchs *Steffen/Schlüter*, in: Löffler, *Presserecht*, 2023, LPG § 6, Rn. 754 ff.; *Burkhardt*, in: Wenzel, *Recht der Wort- und Bildberichterstattung*, 2018, Kap. 14, Rn. 102 ff.; *Prinz/Peters*, *Medienrecht*, 1999, Rn. 745 ff.

²³ BGH, NJW 2014, 2029, 2033, Rn. 38 – Korruptionsaffäre; vgl. auch *Seitz*, in: *Götting/Schertz/Seitz*, *Persönlichkeitsrecht*, 2019, § 46, Rn. 33.

²⁴ So bereits BGH, NJW 1961, 2059, 2060 – Ginseng.

kommerzialisierung der Persönlichkeit durch die Medien – Präventionswirkung entfalten.²⁵

Die auf diesen Faktoren basierende Ermessensentscheidung stellt regelmäßig eine große Herausforderung dar – denn klare Maßstäbe, anhand derer sich die Höhe der im Einzelfall gerechtfertigten Geldentschädigung bestimmen lässt, gibt es mangels allgemeingültiger, auf eine Vielzahl unterschiedlicher Konstellationen gleichermaßen anwendbarer objektiver Kriterien nicht.²⁶ Entsprechend fehlt eine Geldentschädigungstabelle, etwa nach dem Vorbild einer Schmerzensgeldtabelle. Gerichte sollen vielmehr anhand der Umstände des Einzelfalls im Wege der Schätzung individuelle, sachgerechte Lösungen finden. Der Vorsitzende Richter am Bundesgerichtshof (i.F. BGH) a.D. *Steffen* befand bereits vor über 25 Jahren, dass die aufgezeigte Konturlosigkeit die Gerichte bei der Bemessung der Geldentschädigungshöhe in die Hilflosigkeit führe.²⁷ Laut *Neumeyer* rührten die Gerichte in einer „Melange aus Schmerz und Kommerz, aus Abschreckung und Ausgleich“ und am Ende stehe eine Summe.²⁸

B. Zielsetzung

Schwierigkeiten bei der Ermittlung einer angemessenen Geldentschädigungshöhe und eine damit korrespondierend inkonsistente Geldentschädigungsrechtsprechung begründen eine nicht hinnehmbare Rechtsunsicherheit. Bei der Bemessung der Höhe der Geldentschädigung müssen die Ausgleichs-, die Genugtuungs-²⁹ und die Präventionsfunktion³⁰ des Geldentschädigungsanspruchs berücksichtigt werden. Gleichzeitig ist das Gebot des Bundesverfassungsgerichts (i.F. BVerfG) zu beachten, nach dem die Geldentschädigungshöhe nicht so hoch anzusetzen ist, dass sie zu einer verfassungswidrigen Einschränkung der Pressefreiheit³¹ und mithin einer Bestandsgefährdung der Institution Presse führt. Vor diesem Hintergrund setzt sich diese Arbeit kritisch mit der Geldentschädigungsrechtsprechung auseinander.

Ziel dieser Untersuchung ist es, eine umfassende Analyse der Geldentschädigungsrechtsprechung vorzunehmen und der Schwierigkeit der Bestimmung einer angemessenen Geldentschädigungshöhe mittels einer Methode zu begegnen, die Rechtsicherheit in diesem – bislang wenig systematisierten – Bereich gewährleistet. Die vorliegende Arbeit stellt es sich zudem zur Aufgabe, zu ermitteln, wie in

²⁵ BGH, NJW 1995, 861, 865 – C. v. Monaco I.

²⁶ *Soehring/Hoene*, Presserecht, 2024, Rn. 32.69; kritisch *Prinz/Peters*, Medienrecht, 1999, Rn. 767.

²⁷ *Steffen*, NJW 1997, 10, 10.

²⁸ *Neumeyer*, AfP 2009, 465, 467.

²⁹ Grundlegend BGH, NJW 1961, 2059, 2060 – Ginseng.

³⁰ Grundlegend BGH, NJW 1995, 861, 865 – C. v. Monaco I.

³¹ BVerfG, NJW 1973, 1221, 1224 – Soraya.

Fällen der Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit durch die Medien der vom BGH beabsichtigte „echte Hemmungseffekt“³² gegenüber schweren Persönlichkeitsrechtsverletzungen erreicht werden kann. Aus den gewonnenen Erkenntnissen werden Lösungsvorschläge entwickelt, die der besonderen Schutzwürdigkeit des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gerecht werden. Zur Erreichung dieser Ziele wurden die nachfolgend aufgezählten Meilensteine gesteckt.

I. Kategorisierung der Geldentschädigungsrechtsprechung

In den Fällen schwerer Persönlichkeitsrechtsverletzungen von Schumacher und Löw fielen die Geldentschädigungen unterschiedlich hoch aus. Es wurden Summen zwischen 30.000 und 220.000 Euro zugesprochen.³³ Obgleich jedem Einzelfall unterschiedliche Umstände zugrunde liegen, können bereits zuerkannte Geldentschädigungen Anhaltspunkte für die Festlegung der Geldentschädigungshöhe in vergleichbaren Fällen sein. Eine Orientierung, in welcher Größenordnung der Wert einer schweren Persönlichkeitsrechtsverletzung liegen kann, lässt sich also anhand des Fallrechts vornehmen. Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht daher die Analyse der Geldentschädigungsrechtsprechung, um sowohl für die Bestimmung der Schwere der Persönlichkeitsrechtsverletzung als auch für die Bestimmung der Geldentschädigungshöhe aus der Geldentschädigungsrechtsprechung eine Systematik zu ermitteln. Folgendes Beispiel vergegenwärtigt die Notwendigkeit dieser Kasuistik:

Im Madeleine-von-Schweden-I-Fall gewährte das OLG Hamburg der Klägerin die Rekord-Geldentschädigung in Höhe von 400.000 Euro.³⁴ Auf den ersten Blick erscheint dieser Betrag sehr hoch. Mit ihm wurden aber *summa summarum* 86 Fälle abgegolten.³⁵ Im Schnitt fiel damit pro Veröffentlichung ein Betrag in Höhe von lediglich ca. 4.650 Euro an. Das OLG Hamburg nahm jedoch – anders als das LG Köln im Löw-Fall³⁶ – eine Gesamtwürdigung aller schweren Persön-

³² BGH, NJW 1995, 861, 865 – C. v. Monaco I.

³³ OLG Hamburg, ZUM-RD 2017, 478 – Trennungserichte (30.000 Euro pro Kläger); LG Hamburg, AfP 2017, 263 – Weihnachtswunder (50.000 Euro); LG Hamburg, ZUM-RD 2018, 349 – Todesschlagzeile (100.000 Euro); LG Köln, AfP 2017, 540 – Löw (220.000 Euro).

³⁴ OLG Hamburg, BeckRS 2009, 21756 – M. v. Schweden I (400.000 Euro); das dem früheren Bundeskanzler Helmut Kohl aufgrund von Fehlzitataten in dem Buch „Vermächtnis – Die Kohl-Protokolle“ 1.000.000 Euro zusprechende Urteil des LG Köln, BeckRS 2017, 125934, ist nicht rechtskräftig. Nachdem Kohl während des Berufungsverfahrens verstorben war, wies das OLG Köln die von Kohls Witwe fortgeführte Klage ab, OLG Köln, GRUR-RS 2018, 17910, Rn. 118 ff. Die Revision blieb ohne Erfolg: Der BGH bestätigte seine Rechtsprechung, nach der ein Geldentschädigungsanspruch grundsätzlich erst mit Rechtskraft des Urteils vererblich wird, BGH, NJW 2022, 868, 869 ff., Rn. 9 ff. Die von Kohls Witwe erhobene Verfassungsbeschwerde nahm das BVerfG mangels Begründetheit nicht zur Entscheidung an, BVerfG, GRUR 2023, 363, 363 f., Rn. 16 ff. – Kohl II.

³⁵ OLG Hamburg, BeckRS 2009, 21756 – M. v. Schweden I.

³⁶ LG Köln, AfP 2017, 540 – Löw (220.000 Euro).

lichkeitsrechtsverletzungen vor und urteilte eine Gesamtsumme aus.³⁷ Ein solches Vorgehen überzeugt nicht; eine exakte Einzelzuweisung eines Geldentschädigungsbetrags pro Veröffentlichung bzw. pro Persönlichkeitsrechtsverletzung würde es in der Praxis vereinfachen, die Geldentschädigungshöhe zu kalkulieren.³⁸

Die Rechtsprechung hat mit einer umfassenden Judikatur wegweisende Grundsätze für den Persönlichkeitsschutz des Einzelnen in der Medienöffentlichkeit entwickelt.³⁹ Es existieren rund 1.000 Entscheidungen, die sich mit der Frage nach dem Bestehen eines Geldentschädigungsanspruchs befassen; in ein paar hundert Fällen wurde eine Geldentschädigung zugesprochen.⁴⁰ Die Entscheidungspraxis erwies sich dabei als volatil. So schlug das Pendel mal mehr in Richtung der Meinungs- und Pressefreiheit, mal mehr in Richtung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. In der Erkenntnis, dass sich ein fester Maßstab für die Bestimmung des Wertes der Verletzung des ideellen Teils des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und mithin der Höhe der Geldentschädigung nicht definieren lässt, sondern sich eine Vorstellung von der im Einzelfall erforderlichen, aber auch angemessenen Geldentschädigungshöhe nur durch eine Systematisierung der bisher entschiedenen Fälle gewinnen lässt, liegt ein Schwerpunkt dieser Arbeit auf der Analyse und Kategorisierung der Geldentschädigungsrechtsprechung. Das damit einhergehende Ziel ist die Vereinfachung der richterlichen Entscheidungsfindung sowohl hinsichtlich der Schwere der Persönlichkeitsrechtsverletzung als auch der Geldentschädigungshöhe. Dies dient der Schaffung von Rechtssicherheit.⁴¹

II. Rechtfertigung der Gewinnabschöpfung

Während nach der Schaffung und Etablierung des Geldentschädigungsanspruchs⁴² jahrzehntelang dessen Ausgleichs- und auch dessen Genugtuungsfunk-

³⁷ So auch im Fall Kachelmann: Das OLG Köln urteilte Einzelsummen aus, die dann addiert wurden, OLG Köln, BeckRS 2016, 12714 – Kachelmann I; OLG Köln, BeckRS 2016, 16931 – Kachelmann II; demgegenüber hatte das LG Köln in der Vorinstanz alle schweren Persönlichkeitsrechtsverletzungen in einer Gesamtsumme erfasst, LG Köln, NJOZ 2015, 1836 – Kachelmann I; LG Köln, BeckRS 2015, 16609 – Kachelmann II.

³⁸ So auch *Ruttig*, AfP 2016, 110, 114; *Steffen/Schlüter*, in: Löffler, Presserecht, 2023, LPG § 6, Rn. 763; *Himmelsbach*, in: Himmelsbach/Mann, Presserecht, 2022, § 15, Rn. 176 ff.

³⁹ BGH, GRUR 1955, 197 – Leserbrief; BGH, NJW 1958, 827 – Herrenreiter; BGH, NJW 1961, 2059 – Ginseng; BVerfG, NJW 1973, 1221 – Soraya; BGH, NJW 1995, 861 – C. v. Monaco I; BGH, NJW 1996, 985 – A. Casiraghi; BGH, NJW 2005, 215 – A. v. Hannover.

⁴⁰ Ähnlich *Seitz*, in: Götting/Schertz/Seitz, Persönlichkeitsrecht, 2019, § 46, Rn. 44: In über 300 Urteilen sei eine Geldentschädigung in DM, in rund 100 Urteilen eine solche in Euro zugesprochen worden.

⁴¹ Ähnlich *Ruttig*, AfP 2016, 110, 113 f.

⁴² BGH, GRUR 1955, 197 – Leserbrief; BGH, NJW 1958, 827 – Herrenreiter; BGH, NJW 1961, 2059 – Ginseng; BVerfG, NJW 1973, 1221 – Soraya.

tion im Vordergrund standen, nahm der BGH im Caroline-von-Monaco-I-Urteil⁴³ eine Funktionsverlagerung und Funktionserweiterung vor. Er ließ die Ausgleichs- hinter die Genugtuungsfunktion zurücktreten und ergänzte den Geldentschädigungsanspruch in Fällen der Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit durch die Medien um die Präventionsfunktion.⁴⁴ Dies begründete er damit, dass von der Geldentschädigungshöhe ein echter Hemmungseffekt auf die Vermarktung der Persönlichkeit ausgehen müsse.⁴⁵ Mit diesem Ziel sollten erstmals verhaltenssteuernde Erwägungen bei der Bestimmung der Höhe der Geldentschädigung Berücksichtigung finden.

Dem Präventionsaspekt kommt mithin eine besondere Bedeutung zu, wenn die Persönlichkeit unter vorsätzlichem Rechtsbruch als Mittel zur Auflagen- oder Abrufsteigerung und damit zur Verfolgung eigener kommerzieller Zwecke eingesetzt wird.⁴⁶ Bei einer dadurch eingetretenen schweren Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts soll die Gewinnerzielungsabsicht – im Sinne einer Gewinnberücksichtigung – in die Bemessung der Geldentschädigung einfließen und zur erheblichen Erhöhung dieser führen.⁴⁷ Die Höhe der Geldentschädigung soll ein Gegenstück zu der in Gewinnerzielungsabsicht erfolgten Persönlichkeitsrechtsverletzung bilden; sie muss so bemessen sein, dass sie auch von einem rücksichtslos agierenden Medienhaus zur Kenntnis genommen wird, für das die Geldentschädigungshöhe in seiner betriebswirtschaftlichen Rechnung nur ein Kalkulationsfaktor ist, der die Wahrscheinlichkeit der nächsten Persönlichkeitsrechtsverletzung bestimmt.⁴⁸

Es ist jedoch fraglich, ob die in der Geldentschädigungsrechtsprechung ausgerichteten Summen einen echten Hemmungseffekt⁴⁹ herbeigeführt haben bzw. dieser überhaupt mittels der bloßen Gewinnberücksichtigung erreicht werden kann. Die dargestellten Fälle schwerer Persönlichkeitsrechtsverletzungen von

⁴³ BGH, NJW 1995, 861 – C. v. Monaco I.

⁴⁴ Zur Präventionsfunktion des Geldentschädigungsanspruchs im Ansatz bereits BGH, NJW 1985, 1617, 1619 – Sexualekundeunterricht II: „Würde dem Kläger ein [Geldentschädigungsanspruch], der [...] seine Bedeutung [...] aus seiner Eigenschaft als Abwehrrecht gegen Verletzungen des Persönlichkeitsrechts gewinnt, versagt, so wäre ein Zustand der Schutzlosigkeit des Bürgers [...] gegeben, der bei dem besonders hohen Stellenwert der in den Art. 1 und 2 GG geschützten Grundrechte schon aus präventiven Gründen nicht hingenommen werden kann.“

⁴⁵ BGH, NJW 1995, 861, 865 – C. v. Monaco I; vgl. auch *Seitz*, in: Götting/Schertz/Seitz, Persönlichkeitsrecht, 2019, § 46, Rn. 35.

⁴⁶ BGH, NJW 1995, 861, 865 – C. v. Monaco I; *Burkhardt*, in: Wenzel, Recht der Wort- und Bildberichterstattung, 2018, Kap. 14, Rn. 146.

⁴⁷ BGH, NJW 1995, 861, 865 – C. v. Monaco I.

⁴⁸ Ähnlich *Steffen*, NJW 1997, 10, 13, nach dem die Geldentschädigung jedenfalls in Vorsatzfällen so hoch angesetzt werden soll, dass sie präventiv zu einem Faktor wird, den der Verleger oder Fernsehverantwortliche in Zukunft bei seiner Entscheidung für oder gegen die Veröffentlichung mitbedenkt.

⁴⁹ BGH, NJW 1995, 861, 865 – C. v. Monaco I.

Michael Schumacher⁵⁰ und Joachim Löw⁵¹ lassen mit Blick auf die dem Wetterexperten und Moderator Jörg Kachelmann zuvor zugesprochene, bis heute zweithöchste Geldentschädigung⁵² Zweifel aufkommen. Vor diesem Hintergrund verstummt die Aufforderung nicht, einer durch eine Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit herbeigeführten schweren Persönlichkeitsrechtsverletzung mit einer Abschöpfung des durch die Verletzung erzielten Gewinns entgegenzutreten.⁵³ Diese Kritik blieb bislang folgenlos; der BGH⁵⁴ und – sich ihm anschließend – auch das OLG Hamburg⁵⁵ haben der Gewinnabschöpfung eine ausdrückliche Absage erteilt.⁵⁶

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Arbeit liegt darin, den derzeitigen Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts mittels des Geldentschädigungsanspruchs in Fällen der Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit durch die Medien zu evaluieren. Der Befund, dass in Zwangskommerzialisierungsfällen eine Abschöpfung des Verletzergewinns erforderlich ist, um einen echten Hemmungseffekt im Sinne der Caroline-von-Monaco-I-Rechtsprechung des BGH⁵⁷ und eine absolute Genugtuung zu erzielen, gestattet die Auseinandersetzung mit der Legitimierung der geldentschädigungsrechtlichen Gewinnabschöpfung im Lichte zivil- und verfassungsrechtlicher Grundsätze. Vor diesem Hintergrund werden Lösungsvorschläge für die praktische Umsetzbarkeit der Gewinnabschöpfung entwickelt.

C. Gang der Untersuchung

Zu Beginn der Untersuchung wird der Geldentschädigungsanspruch in seiner historischen Entwicklung nachgezeichnet (dazu Zweiter Teil). Anschließend werden die Voraussetzungen des Geldentschädigungsanspruchs aufgezeigt. Im Rahmen der Darstellung der Haftungsbegründung wird ein besonderes Augenmerk einerseits auf der Schwere der Persönlichkeitsrechtsverletzung liegen, andererseits wird die Subsidiarität des Geldentschädigungsanspruchs die ihr ge-

⁵⁰ LG Hamburg, ZUM-RD 2018, 349 – Todesschlagzeile; LG Hamburg, AfP 2017, 263 – Weihnachtswunder; OLG Hamburg, ZUM-RD 2017, 478 – Trennungserüchte.

⁵¹ LG Köln, AfP 2017, 540 – Löw.

⁵² OLG Köln, BeckRS 2016, 12714 – Kachelmann I; OLG Köln, BeckRS 2016, 16931 – Kachelmann II (insgesamt 395.000 Euro).

⁵³ Wegweisend *Prinz*, NJW 1996, 953, 953 ff., vgl. auch *Prinz/Peters*, Medienrecht, 1999, Rn. 767; zuletzt etwa *Farhount*, Gewinnherausgabe im Persönlichkeitsrecht, 1 ff.; *Janssen*, Präventive Gewinnabschöpfung, 1 ff.

⁵⁴ BGH, NJW 1995, 861, 865 – C. v. Monaco I.

⁵⁵ OLG Hamburg, NJW 1996, 2870, 2872 – C. v. Monaco I.

⁵⁶ Vgl. demgegenüber *Langel/Schiemann*, Schadensersatz, 2003, 453, Fn. 186: „Ob sich ein milliardenschwerer Medienkonzern durch einen [...] Betrag von 180.000 DM sonderlich beeindruckt lässt, bleibt abzuwarten.“

⁵⁷ BGH, NJW 1995, 861, 865 – C. v. Monaco I.

bührende Beachtung finden. Die genaue Auseinandersetzung mit diesen beiden Punkten ist elementar, um die Höhe der Geldentschädigung zu bestimmen. Vor diesem Hintergrund erfolgt eine detaillierte Auswertung der bisherigen Geldentschädigungsrechtsprechung, die sowohl hinsichtlich der Schwere der Persönlichkeitsverletzung als auch hinsichtlich der Geldentschädigungshöhe kategorisiert und in Fallgruppen eingeteilt wird. Auf diese Weise wird ein geldentschädigungsrechtliches Säulen-Modell entwickelt: In Anbetracht der betroffenen Persönlichkeitssphäre und Schwere der Verletzung werden Kategorien, Subkategorien und Fallgruppen ermittelt, wobei für jede Fallgruppe eine passende Orientierungssumme bestimmt wird. Die Kategorisierung orientiert sich an den im Presse- und Äußerungsrecht typischen Verletzungsformen, wie Verletzungen der Intim-, Privat- oder Sozialsphäre durch wahre oder unwahre bzw. nicht erweislich wahre Tatsachenbehauptungen, unzulässige Verdachtsäußerungen, Bildveröffentlichungen oder Schmähungen (dazu Dritter Teil).

Der Fokus der weiteren Untersuchung liegt auf der Evaluation des derzeitigen Schutzes des allgemeinen Persönlichkeitsrechts mittels des Geldentschädigungsanspruchs, insbesondere in Fällen der Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit durch die Medien. Zunächst erfolgt eine kritische Auseinandersetzung mit dem geldentschädigungsrechtlichen Säulen-Modell. Im Anschluss wird die Legitimierung und Umsetzbarkeit einer geldentschädigungsrechtlichen Gewinnabschöpfung im Lichte zivil- und verfassungsrechtlicher Grundsätze untersucht. Neben der Frage, ob im Zivilrecht überhaupt Raum für Präventionserwägungen ist, wird eruiert, ob die Zulassung einer geldentschädigungsrechtlichen Gewinnabschöpfung gegen das aus Art. 103 Abs. 2 GG folgende Bestimmtheitsgebot, den aus Art. 3 Abs. 1 GG folgenden Gleichheitsgrundsatz oder die aus Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG folgende Pressefreiheit verstoßen würde (dazu Vierter Teil). Diese Arbeit schließt sodann mit einer Schlussbetrachtung ab (dazu Fünfter Teil).

Zweiter Teil

Entstehung und Etablierung des Geldentschädigungsanspruchs

Die Anerkennung des Anspruchs auf Geldentschädigung bereitete jahrzehntelang Schwierigkeiten – sowohl aufgrund moralischer als auch rechtsdogmatischer Bedenken. Vor allem letztere sind der Grund dafür, dass der Anspruch gesetzlich nie normiert wurde, sondern durch richterliche Rechtsfortbildung entstand.¹ Obgleich Kritik an der Schaffung und Ausgestaltung des Geldentschädigungsanspruchs nicht verstummt,² bleibt dieser bis heute ständige Rechtsprechung.³ Im Folgenden werden seine Entstehungsgeschichte nachgezeichnet und die Probleme dargestellt, die das Geldentschädigungsrecht seit nunmehr über 65 Jahren nicht zu lösen vermag.

Einleitend wird das Fehlen eines umfassenden Ehrschutzes im Bürgerlichen Gesetzbuch dargestellt (dazu A.). Vor diesem Hintergrund ergingen wegweisende Urteile des BGH, im Rahmen derer dieser das allgemeine Persönlichkeitsrecht schuf und als sonstiges Recht im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB anerkannte (dazu B.). Aufbauend darauf gewährte der BGH erstmals einen immateriellen Schadensersatzanspruch aufgrund einer Persönlichkeitsrechtsverletzung (dazu C.). Versuche, diesen gesetzlich zu normieren, scheiterten (dazu D.). In der Folgezeit ergingen weitere richtungsgebende Urteile des BGH, mittels derer der Geldentschädigungsanspruch Anerkennung fand (dazu E.). Darauf aufbauend etablierte sich eine entsprechende Rechtsprechungspraxis (dazu F.). In seinem wegweisenden Soraya-Beschluss⁴ bestätigte das BVerfG die vom BGH vorgenommene Rechtsfortbildung (dazu G.). Während bei dieser zunächst der Gesichtspunkt der Genugtuung des Verletzten im Vordergrund stand, sollte der

¹ BGH, NJW 1958, 827 – Herrenreiter; BGH, NJW 1961, 2059 – Ginseng; BGH, NJW 1962, 1004 – Doppelmörder; BGH, NJW 1963, 902 – Fernsehansagerin; BGH, NJW 1963, 904 – Hehlerbande; BGH, GRUR 1965, 256 – Gretna Green; BGH, NJW 1965, 1374 – Satter Deutscher; BVerfG, NJW 1973, 1221 – Soraya.

² *Gounalakis*, NJW 2016, 737, 742: „Wie man es dreht und wendet: Der Geldentschädigungsansatz des BGH bleibt inkonsistent, systemwidrig und in der Herleitung wenig glücklich.“

³ Zuletzt etwa LG Berlin, ZUM-RD 2022, 217 – Chebli; OLG Dresden, GRUR-RS 2021, 17351 – Polizeischülerin; OLG Köln, GRUR-RS 2020, 39214 – Hooligan; OLG Dresden, NJW-RR 2018, 946 – Red Devils; LG Köln, ZUM-RD 2018, 108 – Löw; OLG Hamburg, AfP 2017, 258 – C. Schumacher.

⁴ BVerfG, NJW 1973, 1221 – Soraya.

Sachregister

- Abgeordnetenbestechung 39, 47, 237–240
Aids-Angst 124 f., 198–200
Aktualitätsgrenze 104 f., 108
Allergrößte Pfeife 252 f., 255
Amoklaufopfer 224 f.
Analogie 17–19, 22, 297
Anlass und Beweggrund 3, 55, 85 f., 167
Anonymität 103 f., 108, 119, 144, 154, 190, 199, 224
Anti-Aggressionstraining 125 f., 199 f.
Antiautoritäre Erziehung 154
Ausgleichsmöglichkeit, anderweitige 53, 95–108
Auskunftsanspruch 290–292
Ausländeramt 238–240
Außenwirkung 97–99
Ausweich-Routen 99
- Babybauch 132–134, 208 f.
Barschel, Uwe 231
Baufacharbeiter 83
Becker, Boris 61, 121, 193 f.
Becker, Noah 76
Bedeutung und Tragweite 3, 55–85, 94 f., 108
Begleiterrechtsprechung 131, 203, 284
Beleidigung 11, 13, 72–78, 101, 186, 252–256
Berechnung des Verletzergewinns 288 f.
Berechnungsschwierigkeiten 4, 288 f., 300 f.
Bereicherungsrecht 17, 293
Berichterstattungsart 57–80, 94 f., 156 f.
Berichtigung 100–108, 169 f., 297
Bestandsgarantie 280 f.
Bestechung 39, 47, 237–240
Bestimmtheitsgebot 9, 273 f., 285, 294, 301
Bestimmung der Geldentschädigungshöhe 4–7, 19 f., 38–49, 51 f., 155–171, 297–301
Betreuer 94
Beweiserleichterung 287–289
Bewerbung einer Berichterstattung 158–160, 187
Beziehungsgerichte 129 f., 204–207
Blogbeitrag 98
BND-Journalist 243
Bohlen, Dieter 175 f.
Böll, Heinrich 64 f.
Bordsteinduell 59 f.
Boulevardisierung der Berichterstattung 1–3
Bryant, Kobe 142
- Campingplatz 147 f.
Casiraghi, Andrea 57, 78
Casiraghi, Charlotte 78–80
Casiraghi, Stefano 213
Chebli, Sawsan 253–254, 256
Christiansen, Sabine 138 f., 215–218
Christopher Street Day 123
- de Mol, Linda 40, 130
Die angefahrenen Schulkinder 186
Digitale Dienste 88
Diplomat 239
Disco-Anzeige 198
dommage moral 20
Döpfner, Mathias 83
Doppelmörder 24, 29
Drittwirkung, mittelbare 2
Drogenfund 234

- Eheanbahnungsanzeige 19
 Ehrenschutzgesetzentwurf 19–21
 Eigengeschäftsführung, angemäÙte 293
 Eindruck, falscher 66 f.
 Eingriffsart, *siehe* Berichterstattungsart
 Eltern-Kind-Beziehung 146 f.
 Enumerativprinzip 12, 22
 Erkennbarkeit 117, 157 f., 203
 Ermakova, Angela 121 f., 193–195, 256, 290–292
 Erziehungsrecht 145 f.
 Esfandiary-Bakhtiary, Soraya, *siehe* Soraya
 Europäische Menschenrechtskonvention 53
 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 90
 Existenzgefährdung 37 f.
 Ex-Ministerin 141 f., 220–222

 Fahrlässigkeit 90, 93 f., 168 f., 282 f.
 Fake-Outing 123 f., 197 f.
 Falschbehauptung 60 f.
 Falschzitat 60, 63–65
 Familie 137–147, 213–226
 Fernsehansagerin 24–26
 Figurprobleme 218
 Fischer, Helene 138
 FKK 113, 183
 Formalbeleidigung 72, 74 f., 252
 Foto-Love-Story 183–185
 Fotomodell 111–113, 176 f.
franc symbolique 20
 Freiheitsberaubung im Geistigen 17, 22, 156
 Frühlingsgefühle 114 f., 196

 Gammel-Organ 116
 Gegendarstellung 52, 96, 99 f., 108, 297
 Geheimdokumente 242–245
 Geissens 186
 Geldwaschanlage 68 f., 234–236
 Gemeinkosten 289
 Generalprävention 271
 Gerüchte 60, 65 f., 94, 116–118, 129 f., 132–136, 185 f., 204–207, 209–212
 Geschäftsführung ohne Auftrag, *siehe* Eigengeschäftsführung, angemäÙte
 Gesetzespositivismus 35
 Gesundheitszeugnis 15 f.
 Gewinnabschöpfung 6, 266–296, 298–301
 Gewohnheitsrecht 292
 Gierigster Lehrer 148 f.
 Giftmischer 247–251
 Ginseng 21–23, 45
 Gleichheitsgrundsatz 9, 275–280, 285 f.
 Gottschalk, Thomas 144 f., 251
 Graf, Stefanie 186 f.
 Grass, Günter 83
 Gretna Green 26 f.
 Grönemeyer, Herbert 131, 201–203
 Groupies 66 f., 169, 188–190
 Grundgesetz 14
 Güter- und Interessenabwägung 53 f., 88

 Haftpflichtversicherung 277
 Haftungsanordnung 45, 266 f.
 Haftungsausfüllung 45, 51 f., 94, 155–171, 266 f., 299
 Haftungsbegründung 8, 51–109
 Hagen, Nina 84 f., 177 f.
 Hehlerbande 26, 107
 Hemmungseffekt 5, 7 f., 44–49, 171, 259 f., 265–268, 286, 289–292, 299–301
 Herrenreiter 16–18, 36, 119
 Höchstgrenze, *siehe* Obergrenze
 Hochzeitsfoto 216–218
 Hooligan 167, 246 f., 249–251
 Horten, Helmut 39, 47, 237 f.

 Immaterialgüterrecht 289, 292
 Informationsinteresse 85, 131, 143, 148, 151, 167, 192
 Informationsüberfluss 158, 163 f.
 Intimsphäre 57 f., 83–85, 90, 110–126, 173–201

 Jauch, Günther 216 f.
 Jürgens, Udo 187
 Juwelenhändler 29

 Kachelmann, Jörg 8, 263–265
 Kapitalverbrechen 229–232
 Karven, Ursula 140 f., 219–223
 Katzenhexe 172 f., 236
 Kelly, Petra 40, 81

- KGB 243, 251
 Kindergrab 140, 220
 Kinderschänder 151, 232 f.
 Kirchenfotos 213–215, 218, 221 f.
 Kohl, Helmut 5
 Kommerzialisierung, *siehe* Zwangskom-
 merzialisierung
 Konkordanz, praktische 280
 Korruption 31, 62 f., 152, 237–240, 245
 Krankenzimmer 148, 227 f.
 Kruger, Diane 212
 Kunstfehler 240 f., 244 f.
 Künstliche Intelligenz 299
- Leibesvisitation 82
 Lemke, Wilfried 243, 251
 Lerchenberg 98
 Leserbrief 14 f.
 Liebesblind 191 f., 197
 Lind, Hera 85, 174–177, 180 f., 184,
 215 f.
 Lizenzgebühr, entgangene 17
 Loch, Lisa 120 f., 193–195, 256
 Lohnkiller 62 f., 238 f., 242
 Löw, Joachim 3, 5, 8, 130, 204–207
- Mafia-Anwalt 153 f.
 Makatsch, Heike 132 f., 208 f., 284
 Marktwert 166, 279
 Massenmedien 25, 87, 279
 Medizin-Syndikat 250 f.
 Mega-Orgasmus 178–180
 Mehrdeutige Äußerung 69–72
 Meinungsäußerung, ehrverletzende 72–
 78, 251–256
 Mengenrabatt 177, 262
 Menschenwürde 14 f., 25, 75 f., 119,
 122, 253 f.
 Metzger 234
 Minderjährige 145–147, 195, 202 f.
 Mineralienhandel 236
 Missbrauchslehrer 234
 Missbrauchsoffer 58, 118 f., 190–192
 Mordkommission 199–201
 Müller, Michael 254
 Musikproduzenten-Freundin 111, 177,
 180, 182, 184
- Nacktfotos 81, 84 f., 110–114, 173–185
- Namensrecht 2, 18
 Neo-Nazi 94, 107
 Neubauer, Luisa 73
 Nicht-Prominenten-Nachteil 165 f.
non liquet 62 f., 238 f.
 Notrufzentrale 179
 NSU 167
- Obergrenze 155, 177, 244, 281
 Ökonomischen Analyse des Rechts 267
ordre-public-Vorbehalt 272 f.
- Paparazzi 41 f., 61, 92, 132, 138, 140,
 147, 175, 204–206, 213
 Partner-Outing 130 f., 201–204, 209
 Partnerschaftliche Details 128–137,
 201–212, 221
 Persönlichkeitsentwicklung 80, 145–147
 Playboy 56, 85, 187
 Pocher, Oliver 75
 Ponto, Jürgen 229
 Präventionsfunktion 38–48, 260–284
 Pressefreiheit 34 f., 53 f., 87 f., 280–284
 Prinz Bernhard der Niederlande 31 f.,
 37, 39, 47
 Prinzessin Irene der Niederlande 31 f.,
 37, 39, 47
 Privatsphäre 126–149, 201–228
 Privatstrafe 269 f., 285
 Prominente 83–85, 121 f., 165–167,
 174–178, 185–187, 278 f.
 Psychische Befindlichkeiten 125 f.,
 143 f., 276 f.
 Puff-Politiker 76–78, 240, 255
punitive damages 270–273, 285
- Radlerrunde 115 f.
 RAF-Anwalt 103 f., 245
 RAF-Festnahme 230
 Rapper-Freundin 202 f.
 Rechnungslegung 290, 292
 Recht am eigenen Bild 2, 18, 56, 89 f.,
 123
 Rechte Raubzüge 61
 Rechtsfortbildung 11, 23–25, 36, 274,
 292, 296, 301
 Rechtsnatur 287
 Red Devils 248 f.
 Reichsgericht 14

- Richterrecht 18, 33, 37, 297
 Richtigstellung, *siehe* Berichtigung
- Saat der Sünde 31 f.
- Sarrazin, Thilo 73 f., 76, 253, 255 f.
- Satter Deutscher 28 f., 32
- Säulen-Modell 9, 51 f., 172–258
- Schadensersatzrechtsreform 293
- Schäffer, Friedrich Hermann 19–21
- Schärfere Slips 195, 198
- Schätzung 4, 257, 287–289
- Schauspielkollegen 204 f.
- Scheidungsakte 136 f., 211 f.
- Schlafzimmer-Priester 117 f.
- Schlagzeuger 94
- Schmerzensgeld 43, 272, 275–278, 285, 293
- Schockschadensersatz 276 f.
- Schumacher, Corinna 135 f., 210 f., 222 f., 265
- Schumacher, Michael 2 f., 102 f., 135 f., 210 f., 226 f., 299
- Schutzauftrag, grundgesetzlicher 23, 43, 292 f., 297
- Schwangerschaftsabbruch 31, 39, 47
- Schwangerschaftsgerüchte 129, 133 f., 209 f.
- Schwangerschafts-Outing 129, 132 f., 208 f.
- Schweigende Hirten 93 f., 192
- Scientology-Anwalt 232
- Seitensprünge 195 f.
- Selbstöffnung 52, 83–85, 141, 164, 175–177, 179 f., 182–185, 215 f., 219, 227
- Sex-Intrige 65 f., 185 f.
- Sexistische Bloßstellung 119–122, 193–195, 253 f.
- Sex-Phantom 248
- Sexualkundeunterricht 184, 195
- Sexualstraftat 143, 151, 232–234, 248
- Sexuelle Orientierung 122–124, 197 f.
- Sexuelle Perversion 188–190
- Soraya 11, 32–38, 40 f., 135, 274, 281, 295 f.
- Sorgfaltspflicht, journalistische 87–94
- Sozial-inadäquates Verhalten 152–154, 245–251
- Sozialsphäre 59 f., 149–154, 228–256
- Sperrwirkung 12 f., 22 f., 25, 266
- Sphärentheorie 109
- Sportmoderatorin 130, 204
- Stasi-Mord 231
- Steuerflucht 32
- Stigmatisierende Krankheiten 124 f., 198–201
- Strafschadensersatz, *siehe punitive damages*
- Strandfotos 111–113, 138 f., 174–177, 206 f.
- Strauß, Franz Josef 31, 240
- Subsidiarität, *siehe* Ausgleichsmöglichkeit, anderweitige
- Superagent 231 f.
- Tatsachenbehauptung, falsche, *siehe* Falschbehauptung
- Teenagerbrüste 170, 181 f., 184
- Telefonsex 116, 195 f.
- Tennisprofi-Affäre 61
- Terrormädchen 229 f.
- Theaterprobe 113 f., 182 f., 185
- Todesfall 140–143, 218–224
- Todesliste 230 f.
- Todesschlagzeile 3, 103
- Trauerfall, *siehe* Todesfall
- Trennungsgerüchte 134–136, 210–212
- Trennungsgründe 136 f., 211 f.
- TV total 74 f., 120 f., 193–195
- Überteuerte Aktien 235–237
- Unabwendbares Bedürfnis 53 f., 96
- Unfallunbeteiligter 249
- Unterlassung 25, 52, 96–98, 108
- Urheberrecht 291 f.
- Verbreitungsdauer 158, 160 f.
- Verbreitungsgrad 98, 158, 160 f., 166, 194, 247, 290
- Verdachtsberichterstattung 67–69, 89, 103 f., 151 f., 156 f., 231 f., 234–237
- Vergewaltigung 58, 118 f., 191, 232–234, 278
- Verhältnismäßigkeit 280–286, 301
- Vermögensdelikt 234–237
- Versagerbande 252, 255
- Verschulden 87–95, 168 f., 282–285
- von Hannover, Alexandra 147

- von Hannover, Ernst August 80, 147, 213
von Monaco/Hannover, Caroline 42–48, 187, 213–215
von Schweden, Madeleine 5, 127 f., 261–263, 265, 268
von Schweden, Victoria 263
Vorsatz 43, 92 f., 283 f.
- Walden, Matthias 64
Wechselwirkungslehre 280
Weihnachtswunder 2, 103, 226–228
Werbung 45, 158–160, 214, 290
- Wiederholungsveröffentlichung, hartnäckige 78–80
Wirtschaftskrimineller 234
Witt, Katharina 85
Wochenbettpsychose 105 f., 242, 244 f.
Wussow, Klausjürgen 40, 82
- Yachtfotos 213–215
- zu Guttenberg, Karl-Theodor 70–72
Zwangs-Outing 122 f., 197 f.